

SPANIEN

DR. WILHELM HOFMEISTER

2. März 2017

www.kas.dewww.kas.de/spanien

Parteitage in Spanien

EIN ZWEIFACHER SIEG FÜR MARIANO RAJOY

Im Februar fanden in Madrid die Parteikongresse von drei der vier größten nationalen Parteien statt, bei denen jeweils die Parteiführungen gewählt, d.h. bestätigt wurden. Den Auftakt machte die liberale Partei Ciudadanos, die am 04. Februar Albert Rivera mit 87% Zustimmung als Vorsitzenden bestätigte. Eine Woche später, am 10. und 11. Februar, bestätigte die Volkspartei (Partido Popular, PP) mit 95% der Delegiertenstimmen Mariano Rajoy als Vorsitzenden. Am gleichen Wochenende schloss die linkspopulistische Partei Podemos nach wochenlangen internen Auseinandersetzungen den Prozess der Neuwahl ihrer Führungsgremien ab und bestätigte ihren bisherigen Generalsekretär Pablo Iglesias mit 89% Zustimmung. Manche Kommentatoren sahen in dem Triumph von Iglesias einen zweiten Sieg Rajoys, weil das radikale Oppositionskonzept von Iglesias und dessen Attacken gegenüber der Arbeiterpartei (PSOE) wohl letztlich der Volkspartei und ihrem Vorsitzenden nutzten.

Das spanische Parteiengesetz verlangt in seinem Artikel 7: „Die interne Struktur und das Funktionieren der Parteien sollen demokratisch sein“. Doch abgesehen davon, dass die Leitungsorgane einer Partei durch freie und geheime Wahl bestimmt werden sollen, enthält das Gesetz nur wenige konkrete Hinweise oder Vorschriften, wie die innerparteiliche Demokratie zu gestalten ist. Im deutschen Parteiengesetz (§§ 9 und 11) ist beispielsweise vorgeschrieben, dass alle zwei Jahre Parteitage abzuhalten sind und dass der Vorstand einer Partei mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden muss. Solche Vorgaben macht das spanische Parteiengesetz nicht, sondern überlässt es den Parteien selbst in ihren Statu-

ten oder in freier Auslegung der gesetzlichen Vorgabe die Verfahren zu bestimmen, wie sie der Forderung nach einem demokratischen Funktionieren entsprechen wollen. Parteitage sind daher ein besonderer und auch ein relativ seltener Moment im Leben der spanischen Parteien. Das gilt für linke und konservative Parteien gleichermaßen. Da die Parteien in den vergangenen Jahren wiederholt mit Wahlen beschäftigt waren, sind Parteitage mit Vorstandswahlen immer wieder verschoben worden, um zu vermeiden, dass eventuelle Personaldiskussionen die Wahlvorbereitungen stören könnten.

So haben erst nach der Bildung der neuen Regierung im Oktober die wichtigsten Parteien Spaniens entschieden, wieder Parteitage zu veranstalten, um ihre Führer zu bestätigen bzw. neu zu wählen. Die Volkspartei hatte im Februar 2012 ihren letzten Parteitag mit Vorstandswahlen. Für Podemos war es nach dem Gründungsparteitag im Oktober 2014 erst der zweite Parteitag, der als „Bürgerversammlung“ (asamblea ciudadana) veranstaltet wurde. Ciudadanos veranstaltete ebenfalls nach dem Kongress im Oktober 2011 erst den zweiten nationalen Parteitag. Die Sozialisten, deren letzter Parteitag im Juli 2014 stattfand, wollen erst im kommenden Juni einen Kongress veranstalten und davor in Urwahl einen neuen Generalsekretär wählen.

„España, adelante!“ (Spanien, vorwärts!) - der Parteikongress der Volkspartei

Die Volkspartei ist zurzeit die größte und wichtigste Partei Spaniens: Mit angeblich mehr als 865.000 Mitgliedern ist sie sogar

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

DR. WILHELM HOFMEISTER

2. März 2017

www.kas.de

eine der größten, wenn nicht die größte Partei Europas.¹ Seit Oktober 2004 ist Mariano Rajoy ihr Vorsitzender. Obwohl die PP bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 mit nur noch 28,7% der Stimmen starke Einbußen gegenüber der Wahl von 2011 (44,6%) erlebte und die Mehrheit der Mandate in der Abgeordnetenkammer verlor, blieb sie stärkste Partei im Parlament und konnte bei den erneuten Wahlen im Juni 2016 ihren Stimmenanteil auf 33% erhöhen. Nach schwierigen Verhandlungen wurde Rajoy im Oktober letzten Jahres als Ministerpräsident bestätigt und steht seither einer Minderheitsregierung vor. Trotz der mäßigen Wahlergebnisse, vor allem im Dezember 2015, wurde es keine nennenswerte innerparteiliche Debatte über die Ursachen des Stimmenverlusts geführt oder gar Kritik am Vorsitzenden geübt. Allein Rajoys Vorgänger im Parteivorsitz und ehemaliger Ministerpräsident José Maria Aznar und einige ihm nahe stehende Parteimitglieder äußerten öffentliche Kritik an der Amtsführung Rajoys. Das hatte nur einen geringen Effekt, weil das Verhältnis zwischen beiden seit längerem zerrüttet ist. Ende 2016 gab Aznar den Ehrenvorsitz der PP auf. Er nahm daher nicht an dem jetzigen Parteikongress teil, was im Umfeld von Rajoy mit Erleichterung zur Kenntnis genommen wurde, denn dadurch war nicht zu fürchten, dass die Harmonie des Parteikongresses durch einen kritischen Zwischenruf des Vorgängers gestört werden würde.

Die Vorbereitung des Parteikongresses der PP verlief weitgehend ohne Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit. Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass es innerhalb der PP keine größeren Diskussionen um Personen oder Programme gibt. Zum anderen haben heftige interne Auseinandersetzungen von Podemos alle Aufmerksamkeit

¹ Allerdings ist diese Zahl nicht eindeutig belegt und sie setzt sich zusammen aus Mitgliedern, die Parteibeiträge bezahlen und registrierten Sympathisanten, sodass ein Vergleich mit anderen europäischen Parteien, bei denen alle Mitglieder Beiträge zahlen und parteiintern stimmberechtigt sind, etwas schief ist.

der Medien und der Öffentlichkeit absorbiert.

Lediglich die Entscheidung über den Posten des Generalsekretärs der PP hat bei einzelnen Parteienvertretern und in den Medien eine gewisse Aufmerksamkeit hervorgerufen. María Dolores de Cospedal hat diese Funktion seit 2008 inne, wurde aber im Oktober auch zur Verteidigungsministerin ernannt. Sie ist außerdem Vorsitzende des wichtigen Regionalverbandes („Landesverbandes“) von Castilla-La Mancha. Gleich nach der Übernahme des Ministeramtes erklärte sie, auch ihre Parteiämter behalten zu wollen. Angesichts der Ungewissheit über die Beständigkeit der Regierung wollte sie ihre innerparteiliche Machtbasis keinesfalls aufgeben. Als vereinzelte Stimmen aus der Partei diese Ämteranhäufung kritisierten, bat Rajoy Cospedal und alle anderen bis zu dem Parteitag um Stillschweigen zu diesem Thema. Dieser Bitte entsprachen allerdings nicht alle Mitglieder. Kurz vor dem Parteitag hat ein Delegierter aus Cospedals eigenem Regionalverband einen Antrag eingebracht, der die Ämterhäufung in der Partei verbieten sollte und eindeutig gegen die Ämterkumulation von Cospedal gerichtet war. Dieser Antrag provozierte die spannendste Debatte während des Parteitags und wurde auch unter Einsatz wichtiger Vorstandsmitglieder mit knappem Ergebnis abgelehnt. Etliche Delegierte nahmen an der Abstimmung nicht teil, vermutlich weil sie nicht gegen die Empfehlung der Parteiführung votieren, aber auch ihren stillen Protest demonstrieren wollten.

So ließ es der Vorsitzende bis zu seiner Vorstellungsrede offen, ob er Cospedal in ihrem Amt bestätigen werde. Da in der PP bei den Vorstandswahlen nicht über Einzelpersonen, sondern über eine Liste abgestimmt wird, die der Kandidat für den Vorsitz anführt und vorstellt, hat Mariano Rajoy am Ende seiner Vorstellungsrede die Namen aller Vorstandsmitglieder und Beisitzer genannt, die er vorschlug. Erst ganz am Schluss gab er bekannt, dass er Frau Cospedal erneut als Generalsekretärin vorschlage. Allerdings schlug er gleichzeitig Fernando Martínez-Maillo, seit 2015 einer der stellvertretenden Generalsekretäre, zum „Generalkoordinator

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

DR. WILHELM HOFMEISTER

2. März 2017

www.kas.de

und Verantwortlichen für Wahlen und Organisation“ vor, der damit wesentliche Funktionen eines Generalsekretärs übernimmt. Von Kommentatoren ist das als eine Beschneidung der Funktionen und des Einflusses von Frau Cospedal interpretiert worden. Eine ähnliche Funktionsteilung hatte es aber schon früher gegeben, als ein anderer Generalsekretär Minister wurde. Frau Cospedal ist weiterhin eine der wichtigsten PP-Führer.

Mit den Worten „In diesem Leben verändert man was nicht funktioniert, was funktioniert aber nicht“ begründete Rajoy seine Entscheidung, keine nennenswerten Veränderungen im Parteivorstand vorzunehmen. Manche Beobachter sahen darin einen Beleg für die Scheu vor Veränderung, die Rajoy häufig nachgesagt wird. Seine Liste ist mit 95% der Stimmen gewählt worden. Eine alternative Liste gab es nicht.

Auch wenn die Vorbereitung des Kongresses von den Medien kaum wahrgenommen worden war, hatte es in den Provinzen und Regionen doch zahlreiche Debatten über die Leitanträge zu den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Regionalverwaltung, Erziehung, Innovation und Kultur, Europa und Spaniens Rolle in der Welt sowie nicht zuletzt über die Statuten gegeben. Mehr als 700 Anträge an den Parteitag ergaben sich daraus, von denen mehr als 200 zugelassen, diskutiert und abgestimmt wurden. Bis auf die Frage der Ämterhäufung gab es jedoch kaum kontroverse Debatten. Insgesamt bekräftigte die Volkspartei die Linie der Regierungspolitik, die vor allem darauf abzielt, durch eine liberale Wirtschafts- und zurückhaltende Steuerpolitik Wachstum und Investitionen anzukurbeln, um so die Arbeitslosigkeit zu mindern und die Sozialkassen wieder aufzufüllen.

In seiner abschließenden Rede rief der bestätigte Vorsitzende Mariano Rajoy die Volkspartei zu Geschlossenheit auf und nannte die Stärkung der Parteiorganisation eine der dringlichsten Aufgaben, damit die PP bei den Kommunalwahlen von 2019 – den nächsten regulären Wahlen – wieder die Kommunen zurückgewinnen könne, die sie 2015 verloren hatte. Dass auf nationaler Ebene eventuell vorher schon wieder Wah-

len stattfinden könnten, sofern die Minderheitsregierung nicht bestehen kann, wurde während des gesamten Parteikongresses praktisch nicht thematisiert und auch von Rajoy in seiner abschließenden Rede nicht erwähnt. Im Hinblick auf die prekäre Stabilität der Regierung unterstrich Rajoy vor allem die Notwendigkeit zum Dialog mit anderen Parteien, um die anstehenden Entscheidungen im Parlament treffen zu können und die Regierungsfähigkeit zu gewährleisten; schließlich hat das Land für 2017 immer noch keinen verabschiedeten Haushalt. Ohne die Sozialisten beim Namen zu nennen oder direkt anzusprechen, betonte er die staatspolitische Verantwortung aller Parteien.

Wie mit dem aktuell wohl wichtigsten Problem umzugehen ist, das Spanien in diesen Monaten bewegt – die Sezessionsbestrebungen der katalanischen Nationalisten und deren Vorbereitung eines Plebiszits für September dieses Jahres über die Autonomie der Region – ist während des Parteikongresses kaum angesprochen oder diskutiert worden. Erst in seiner Abschlussrede widmete Rajoy sich etwas ausführlicher diesem Thema – freilich ohne konkret zu sagen, wie seine Regierung das Plebiszit verhindern will. Einerseits betonte er den Respekt vor der Verfassung und den Gesetzen, die nicht durch eine Region allein geändert oder in Frage gestellt werden können. Nur alle Spanier gemeinsam könnten über die Souveränität des Landes und eine eventuelle Verfassungsänderung – die er nicht empfehle – entscheiden. Ein Plebiszit in Katalonien sei deshalb illegal. Andererseits warnte er die Katalanen vor den Folgen einer Abspaltung von Spanien, denn nur mit ihrem Verbleib im spanischen Staat hätten sie eine aussichtsreiche Zukunft. Rajoy betonte zwar seine Bereitschaft zum Dialog mit der katalanischen Regierung, um die dortigen Institutionen zu erneuern, die heute im Dienst des Separatismus stünden, und um den internen Zusammenhalt zu stärken, der durch die separatistischen Regierungen erschüttert wurde. Er ließ aber offen, wie er den Dialog führen und mit welchen politischen Vorschlägen und Projekten er die Zusammenarbeit mit Katalonien verbessern will, um die separatistischen Bestrebungen zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

DR. WILHELM HOFMEISTER

2. März 2017

www.kas.de

stoppen. Gutwillige Zuhörer mögen dennoch in einigen Zwischentönen erkannt haben, dass Rajoy mit der katalanischen Regierung den Dialog führen wolle, um gemeinsam in wichtigen Fragen für Katalonien voranzukommen.

Insgesamt hat der Parteitag die Volkspartei gestärkt. Während Podemos und die Sozialisten heftige interne Konflikte um Personen und Strategien austrugen bzw. noch immer austragen, stellte sich die Volkspartei als ein geschlossener politischer Block vor, bei dem es keinen Dissens über Personen oder Sachfragen gibt. Die Korruptionsfälle, die das Ansehen der Partei in den letzten Jahren belasteten und sicherlich auch zu den Stimmenverlusten bei den Wahlen beitrugen, wurden während des Parteikongresses nicht thematisiert, auch wenn gerade in den letzten Wochen wieder einige neue Fälle problematischer politischer Vorteilsnahmen von Amtsträgern aus der PP bekannt wurden und die Medien regelmäßig über laufende Verfahren gegen ehemalige PP-Repräsentanten berichten. Das Bild der Volkspartei wird somit heute geprägt durch einen Ministerpräsidenten, der zwar die Herzen und Sympathien der Spanier nicht gewinnen kann, aber als hinlänglich verlässlich gilt, um das Land in diesen krisenhaften Zeiten zu führen. Das ist keine schlechte Ausgangsbasis sowohl für eine erfolgreiche Fortführung der Minderheitsregierung als auch für eventuelle vorgezogene Wahlen.

„Sí se puede“ (Ja, man kann) – die Bürgerversammlung von Podemos

Die Harmonie innerhalb der PP stand im krassen Gegensatz zu dem wochenlangen innerparteilichen Konflikt, der die Vorbereitung des Parteikongresses von Podemos begleitete und unter Einsatz aller heute verfügbaren Medien ausgetragen wurde. Zwei Personen und Strategien standen sich unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite Generalsekretär Pablo Iglesias, der eine radikale Strategie der Opposition vertritt und den Protest gegen die Regierung, wie in der Anfangszeit der Bewegung, wieder verstärkt durch Massenmobilisierungen auf die Straße verlagern will. Im Juni letzten Jahres hatte er ein Wahlbündnis mit den von der Kom-

munistischen Partei angeführten Izquierda Unida geschlossen. Das Bündnis hatte aber sein erstes Wahlziel, eine Überholung der Sozialisten, verfehlt. Dennoch will Iglesias an der Positionierung seiner Partei auf der extremen Linken festhalten. Die Sozialisten der PSOE attackiert er als Steigbügelhalter und Erfüllungsgehilfen von Ministerpräsident Rajoy. Auf der anderen Seite stand Iñigo Errejón, der bisherige stellvertretende Vorsitzende von Podemos und gleichzeitig auch Sprecher der Parlamentsfraktion. Dieser vertrat einen sogenannten „institutionellen“ Ansatz, d.h. er schlug vor, dass Podemos seine Kritik an der Regierung stärker im Parlament artikulieren, dort Alternativen einbringen und vor allem Anknüpfungspunkte mit den Sozialisten suchen sollte, um gegebenenfalls mit der PSOE ein Bündnis für eine Linksregierung einzugehen. Schon im Frühjahr 2015, bei den Verhandlungen zwischen der PSOE und Podemos über die Bildung einer Linksregierung, die nicht zuletzt an der unversöhnlichen Haltung von Pablo Iglesias scheiterten, war Iñigo Errejón zu größeren Zugeständnissen an den damaligen PSOE-Generalsekretär Pedro Sánchez bereit gewesen. Im Vorfeld der jetzigen „Bürgerversammlung“ von Podemos hatten beide Führer ihre Positionen in den unterschiedlichen „Leitanträgen“ formuliert, die bei der Versammlung zur Abstimmung standen. Darüber wurde wochenlang öffentlich gestritten und die Öffentlichkeit konnte beobachten, wie das persönliche Verhältnis der beiden bisherigen zentralen Führer von Podemos zusehends zerbrach. Während einer Parlamentssitzung lieferten sie sich vor den Augen zahlreicher Kameras einen heftigen Streit. Dennoch stand die Wiederwahl von Iglesias zum Generalsekretär praktisch nicht in Frage, weil Errejón nicht gegen ihn antrat, sondern nur für einen Vorstandsposten kandidierte. Als einziger Gegenkandidat hatte sich ein Abgeordneter aus Andalusien nominieren lassen, der aber chancenlos war. Errejón und sein Lager kündigten an, trotz der Diskrepanzen bei der Wahl des Generalsekretärs für Iglesias zu stimmen. Sie erhofften sich dadurch mehr Zustimmung und eventuell eine Mehrheit bei den Abstimmungen über die politischen Leitanträge zu verschiedenen Politikbereichen. Pablo Iglesias spitzte den Konflikt aber noch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

DR. WILHELM HOFMEISTER

2. März 2017

www.kas.de

dadurch zu, dass er kurz vor der „Bürgerversammlung“ ankündigte, sich im Falle auch nur einer Niederlage bei der Abstimmung über die Leitanträge aus allen politischen Führungsgremien von Podemos zurückziehen zu wollen.

Angesichts des Konflikts zwischen Iglesias und Errejón und ihren unterschiedlichen Strategien forderten zahlreiche der 8.000 Delegierten im Verlauf der Bürgerversammlung wiederholt „Unidad“ – Einigkeit. Allein, das Ergebnis der Vorstandswahlen und der Abstimmung über die politischen Leitanträge hatte einen klaren Sieger, der deutlich machte, dass er an seiner Dominanz der Partei keine Abstriche oder Zugeständnisse machen werde.

Die Wahl des Generalsekretärs und der weiteren Vorstandsmitglieder und die Abstimmung über die Leitanträge fanden in einer Art Urwahl durch die Mitglieder der Partei statt. Diese Urwahl wurde elektronisch und online durchgeführt. Etwa 150.000 Anhänger von Podemos hatten sich in den Wochen vor der Wahl über das Internet registriert und abgestimmt. Am Sonntag, den 11. Februar, wurde das mit Spannung erwartete Ergebnis verkündet: Pablo Iglesias wurde mit 89,1 % der Stimmen als Generalsekretär von Podemos bestätigt. Bei den Vorstandswahlen erreichte Iñigo Errejón nur den dritten Platz hinter Pablo Echenique, dem Sekretär für Organisation, der dem Lager von Iglesias angehört. Von den ersten zehn Vorstandsposten mit den meisten Stimmen gingen acht an Vertraute von Iglesias und nur noch ein weiterer an eine Vertreterin des Lagers von Errejón. Insgesamt sind von den 62 Vorstandsmitgliedern 37 (60%) dem Lager von Iglesias zuzurechnen und nur 23 (37%) dem Lager von Errejón; zwei weitere gehören der antikapitalistischen Plattform an, die Iglesias nahesteht. Auch alle vier Leitanträge aus dem Lager von Iglesias zur politischen Strategie, zur Organisation, zur Ethik und zur Gleichheit erhielten eine deutliche Mehrheit. Damit erlangte Iglesias faktisch die komplette Kontrolle der Partei. Errejón wies zwar auf die „Pluralität“ in der Partei hin, die in den Abstimmungen zum Ausdruck gekommen sei, und Pablo Iglesias versprach in seiner

Abschlussrede „Einigkeit und Bescheidenheit“, doch knapp zwei Wochen nach der „Bürgerversammlung“ musste Errejón seine Funktion als Sprecher von Podemos im Parlament Irene Montero überlassen, die damit den zweitwichtigsten Posten der Partei besetzt. Frau Montero war schon früh in der kommunistischen Jugend aktiv und kam u.a. über ihr Engagement für die Hypothekenschuldner 2014 zu Podemos und in Kontakt mit Iglesias. Beide sind auch im privaten Leben ein Paar. Frau Montero hat ein eigenes politisches Gewicht innerhalb von Podemos und erhielt bei den Vorstandswahlen die viertmeisten Stimmen. Allerdings entspricht es durchaus dem cäsaristischen Führungsstil von Iglesias, dass nun seine private Partnerin auch gleichzeitig die Nummer 2 von Podemos ist. In der Partei wird das nicht weiter thematisiert.

Insgesamt wurde in der „Bürgerversammlung“ die Ausrichtung von Podemos auf der extremen Linken des politischen Lagers in Spanien bestätigt. Die Machtposition von Pablo Iglesias wurde zwar gestärkt, doch gleichzeitig wurde auch die interne Teilung der Partei offenkundig. Welche Konsequenzen dies haben wird, ob sich die unterlegene Gruppierung der dominierenden Linie widerspruchslos fügen wird und vor allem, ob Podemos sich mit dieser Linie bei kommenden Wahlen durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Freilich sind sich die verschiedenen Fraktionen in wesentlichen Sachfragen einig. Dazu gehört der Antikapitalismus, die Kritik an den Wirtschafts- und Sozialreformen der Rajoy-Regierung, die Befürwortung eines Plebiszits in Katalonien über den künftigen Status der Region sowie u.a. auch die Ablehnung der Haushaltsauflagen der EU, gleichzeitig aber auch die Erwartung, dass die sozialen Versprechungen von Podemos von der Europäischen Union finanziert werden.

„Juntos ganamos el futuro“ (Gemeinsam gewinnen wir die Zukunft) – der Parteitag von Ciudadanos

Eine Woche vor der PP und Podemos, am 04. und 05. Februar, hatte die liberale Partei Ciudadanos - Partido de la Ciudadanía („Bürger - Partei des Bürgertums“) ihren 4.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

DR. WILHELM HOFMEISTER

2. März 2017

www.kas.de

Parteitag veranstaltet. Er war zugleich der erste nationale Parteitag von Ciudadanos, die nach ihrer Gründung als Regionalpartei 2006 in Barcelona erst seit 2014 als nationale Partei aktiv ist. Bei den Wahlen von 2015 und 2016 erhielt Ciudadanos jeweils ca. 13% der Stimmen. Mit knapp über 30.000 Mitgliedern und 32 von 350 Abgeordneten ist sie zwar deutlich kleiner als PP, PSOE und Podemos, spielt aber im Parlament eine wichtige Rolle. Ihr Vorsitzender Albert Rivera gewann im vergangenen Jahr an Statur und öffentlichem Ansehen, weil Ciudadanos sowohl nach den Wahlen vom Dezember 2015 (in Verhandlungen mit der PSOE) als auch nach den Wahlen im Juni 2016 (in Verhandlungen mit der PP) aktiv nach einem Ausweg aus der gegenseitigen Blockierung der großen Parteien und der Bildung einer neuen Regierung suchte.

Bereits vor dem Parteitag war Albert Rivera Ende Januar in Urwahl mit 87% als Parteivorsitzender wiedergewählt worden. An der Abstimmung hatten nur wenig mehr als 6.000 Parteimitglieder teilgenommen. Der Parteitag Anfang Februar beschäftigte sich daher im Wesentlichen mit strategischen, programmatischen und organisatorischen Fragen, über die es in der Partei keine großen Kontroversen gab. Im Prinzip hält Ciudadanos an einer kritischen Zusammenarbeit mit der Regierung fest. Eine der wichtigsten Entscheidungen des Kongresses war, dass die Partei das Etikett „sozialdemokratisch“, das sie bisher zur Kennzeichnung ihrer politischen Haltung trug, ablegte und sich nun als bürgerliche und „liberal-progressive“ Partei beschreibt. Erkennbar versucht sie weiterhin, sich als eine bürgerliche Alternative zur Volkspartei zu positionieren und vor allem Wähler aus der jüngeren urbanen Mittelschicht anzusprechen, denen die PP zu konservativ und verknöchert und die Linksparteien zu radikal sind. Den Kampf gegen die Korruption hat Ciudadanos zu einem ihrer herausragenden Kennzeichen gemacht und im Oktober Mariano Rajoy erst dann mitgewählt, als die PP eine Vereinbarung über einige konkrete Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung unterzeichnete. Das Thema Korruptionsbekämpfung hat weiterhin einen prominenten Platz auf der Agenda von Ciudadanos.

Erneuerte Parteien nach den Parteitagen?

Drei der vier wichtigsten Parteien in Spanien haben somit im Februar Parteitage abgehalten und ihre Vorstände neu gewählt. Allein, eine Erneuerung dieser Parteien ist nicht erkennbar. Alle Parteien haben ihre Vorsitzenden und auch die meisten Mitglieder der erweiterten Vorstände mit deutlicher Mehrheit bestätigt. Das ist zunächst ein Zeichen der Stabilität und Kontinuität auf allen Seiten. Doch es ist fraglich, ob das für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben genügt.

Manchen Kommentaren nach galt Mariano Rajoy als der große Gewinner der Parteitage, nicht nur, weil seine eigene Führung in der Volkspartei unbestritten ist, sondern auch weil die Radikalisierung von Podemos viele Bürger abschreckt und diese auch mit Blick auf die sich weiter verbessernde wirtschaftliche Gesamtlage dann eher der Volkspartei als anderer mittig anzusiedelnden Parteien zuneigen. Umfragen bestätigen, dass die PP bei erneuten Wahlen weitere Zugewinne erzielen würde, allerdings von einer absoluten Mehrheit noch deutlich entfernt ist. Trotz dieser scheinbar relativ günstigen Perspektive ließ die PP während ihres Parteitages weitgehend offen, wie sie die drängenden Probleme des Landes bewältigen will. Wird die Fortsetzung der bisherigen Strukturreformen in kleinen Schritten ausreichen, wie es während des Parteitages anklang? Welches wirtschafts- und gesellschaftspolitische Modell vertritt die Partei? Die Selbstbeschreibung als „konservativ“ oder „mitte-rechts“ mag das Gefühl vieler Mitglieder oder Anhänger treffen, ist letztlich aber sehr diffus. Wichtige Themen wurden während des Parteitages weitgehend ausgeblendet, z.B. wie die Umwandlung der vielen neuen prekären Arbeitsverhältnisse mit sehr niedrigen Löhnen in dauerhafte, qualifiziertere und besser bezahlte Arbeit geschafft werden kann. So positiv die Schaffung dieser Arbeitsplätze ist, wird von einer Partei eine Perspektive erwartet, die substantielle Verbesserungen verspricht. Die starke Unterstützung, die Podemos weiterhin erfährt, zeigt, dass die PP in diesem Arbeitsfeld noch viele Aufgaben zu bewältigen hat. Ähnliches gilt für die komplizierte

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

DR. WILHELM HOFMEISTER

2. März 2017

www.kas.de

Frage des Umgangs mit dem katalanischen Separatismus. Ministerpräsident Rajoy hatte in den vergangenen Jahren mehrfach betont, nicht zuletzt auch gegenüber dem EU Ratspräsidenten und der deutschen Bundeskanzlerin, in Katalonien werde es kein Plebiszit geben – und doch fand am 09. November 2014 eine Volksbefragung über die Unabhängigkeit Kataloniens statt. Auch jetzt blieb offen, wie ein neues Plebiszit verhindert werden soll und vor allem, mit welchem politischen Projekt die PP dem katalanischen Separatismus begegnen will. Dass der Separatismus nicht allein mit juristischen und polizeilichen Maßnahmen bekämpft werden kann, ist zumindest außerhalb der PP in Spanien weitgehend unumstritten.

Die Radikalisierung von Podemos hilft aber nun der PP und Ministerpräsident Rajoy zweifellos. Fast noch mehr als über die linksradikale Mobilisierungsstrategie und die unerfüllbaren sozialen und wirtschaftlichen Versprechen von Podemos wundert man sich als Beobachter über die Akzeptanz des cäsaristischen Führungsstils von Pablo Iglesias, dem alle Macht in der Partei / Bewegung zugetragen wurde. Wie verzweifelt und verbittert müssen die Anhänger von Podemos sein, um einem Führer zuzujubeln, der in gleicher populistischer Manier Wunder verspricht, aber nur größeres Elend produzieren würde, wenn er an die Macht käme? Der Wähleranteil von Podemos beträgt immerhin 20%. Dass die Volkspartei in ihrem Diskurs versuchen würde, einen Teil dieser Wähler „abzuholen“, ist nicht zu erkennen.

Unterdessen bereiten die Sozialisten die Wahl ihres Generalsekretärs und des Parteikongresses im Juni vor. Es ist nicht absehbar, ob Pedro Sánchez wiedergewählt wird, der eine radikale Opposition gegenüber der Regierung verspricht und ein breites Linksbündnis bilden will. Möglich scheint seine Wahl. Doch es ist nicht damit zu rechnen, dass Pablo Iglesias Konzessionen an die Sozialisten machen wird. Die Krise der PSOE wird gewiss auch nach ihrem Parteikongress im Juni anhalten. Ein Misstrauensvotum gegen die Regierung im Parlament wäre dennoch möglich.

Der Eindruck von Stabilität, den Spanien momentan vermittelt, könnte somit rasch wieder verfliegen. Es wäre daher sicherlich hilfreich gewesen, wenn die Parteien ihre Kongresse für ein bisschen mehr Erneuerung genutzt hätten.